

@ ONLINE



Die SP will die AHV-Renten um zehn Prozent erhöhen. Dafür müssten die Steuerzahler den Kopf hinhalten. Finden Sie es richtig, dass die AHV durch Steuerabgaben finanziert werden soll?

Sagen Sie uns Ihre Meinung oder stimmen Sie ab auf

- www.aargauerzeitung.ch
- www.basellandschaftliche.ch
- www.bzbasel.ch
- www.grenchnertagblatt.ch
- www.limmattalerzeitung.ch
- www.solothurnerzeitung.ch

VIDEO DES TAGES



Der 17-jährige Zach Sobiech hat nur noch wenige Monate zu leben. In seinem Song nimmt er Abschied – mit grossem Erfolg.

Presseschau

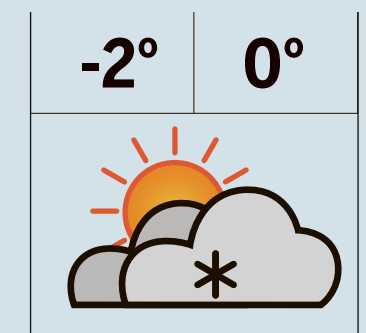
Le Monde

EU Diese Verhandlungen sind Europas nicht würdig. Man muss einen Haushalt ausarbeiten, der das Fundament für die Zukunft legt, einen Haushalt mit echter föderaler Solidarität für die Regionen, die von Massenarbeitslosigkeit geplagt sind. Die Europäer müssen die Wahlen 2014 nutzen, um ihre Pläne für den gemeinsamen Haushalt zu präzisieren. Nur so erhalten das neue Parlament und die neue Kommission endlich den Auftrag, die EU zukunftsfähig zu machen.

EL PAIS

Tunesien Der Mord an Chokri Belaid – linker Politiker, der für seine offene Opposition gegen den radikalen Islamismus bekannt war – zeigt, dass die Situation in Tunesien einen kritischen Punkt erreicht hat. Das Land, in dem vor zwei Jahren der Arabische Frühling begann und in dem die Bürger selbst unter der Diktatur von Ben Ali gewisse Freiheiten genossen, ist jetzt von einem brutalen Rückschritt bedroht. ... Die tunesische Regierung steht vor einer unausweichlichen Herausforderung: Sie muss Einsatz für eine Demokratie zeigen, die über jeder Ideologie oder Religion steht.

Das Wetter heute



Gastbeitrag zur Abzocker-Initiative

«Die Wirtschaft» sind wir

■ **ZU VIEL VERFLECHUNG** von Wirtschaft und Politik ist Filz, zu wenig gegenseitige Sensibilität ist fatal. Ich erinnere mich an ein Podium zum Thema Staatseingriffe, als einer der Teilnehmer, ein Privatbankier, die demokratischen Prozesse, im Besonderen die direktdemokratischen, als Sand im Getriebe der Wirtschaft bezeichnete. Würden die Staaten mit der gleichen Effizienz ihre Angelegenheiten anpacken, wie es die Unternehmen tun, hätten wir weniger Probleme, meinte er. Das war kurz bevor uns die Effizienz, mit welcher die Chefetage der Swissair die Flieger vom Himmel holte, vor Augen geführt wurde.

SEITHER SCHWAND das Vertrauen in die Leistungen der Wirtschaftskoryphäen in gleichem Masse, wie ihre Löhne zu interessieren begannen, und Thomas Minder entfachte mit seinem Frust über die persönlichen Verluste beim Grounding den allgemeinen Volkszorn über Abzocker. Wieder ein paar Jahre später mussten Banken weltweit um Staatshilfe bitten, und der oben erwähnte Privatbankier sprach sich in der Folge gegen eine zu grosse Eigendynamik der Unternehmen aus.

DOCH DIE ABZOCKER finden sich nicht nur in der Wirtschaft. In der Annahme, das Geld wachse auf den Bäumen, hat das politische Establishment weltweit die Staatskassen geplündert und mit der Schuldenkrise alles andere als eine Meisterleistung an umsichtiger Führung geboten. So wie in den Unternehmen viele apolitische Manager sitzen, so sitzen in den politischen Gremien wenig Persönlichkeiten, die unternehmerisch



Marianne Binder

Die Autorin aus Baden ist Leiterin Kommunikation der CVP Schweiz und gewählte Aargauer Grossrätin.

denken. Es fehlt an Verständnis für die Bedürfnisse der Wirtschaft, was zu Überregulierung und hektischer Legiferierung führt. Wenn Klaus Schwab im Interview mit der «Bilanz» sagt, Führungspersönlichkeiten müssten mit den Menschen in Interaktion treten, und dass Krisen, wie wir sie heute erleben, nur dank der Zusammenarbeit aller gelöst werden können – der Geschäftswelt, der Zivilgesellschaft, der Regierungen und der besten Experten –, trifft er den Nagel auf den Kopf.

POLITIK UND WIRTSCHAFT sind gemeinsam in der Verantwortung. Die Politik schafft die Rahmenbedingungen für eine gut funktionierende Wirtschaft, damit diese weder zum Selbstbedienungsladen für den Sozialstaat verkommt noch zum reinen Selbstzweck wird. Wirt-

schaft im Dienste des Volkes. Deshalb der Begriff «Volkswirtschaft». Es fehlt mir das Verständnis, wenn «Wirtschaft» als etwas gesehen wird, das nichts mit uns allen zu tun hat. Die Economiesuisse wird im Kampf gegen die Minder-Initiative zum Symbol dafür, wie abstrakt die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik geworden sind. Wirtschaftsfreundlichkeit gilt beinahe als suspekt.

DAS GELD GEGEN die Minder-Initiative komme vom falschen Absender, stand beispielsweise in dieser Zeitung. Was ist denn falsch an einem Absender, der 100 000 Unternehmen mit zwei Millionen Arbeitsplätzen vertritt? Es sind ja unsere Arbeitsplätze! Es ist unsere Wettbewerbsfähigkeit. Es ist unser Wirtschaftsstandort, welcher in einem weltweiten Konkurrenzkampf steht. «Die Wirtschaft» sind wir, sie ist doch nicht der Klassenfeind! Wenn wir gegen die Abzocker ein Zeichen setzen wollen, wieso denn gleich auch noch gegen uns selbst?

THOMAS MINDER hat ein demokratisches Mittel ergriffen, um den Entgleisungen der freien Marktwirtschaft Grenzen zu setzen. Dass er über das Ziel hinausschiesst, liegt wohl an seiner persönlichen Betroffenheit. Wirtschaft, Parlament und Bundesrat setzten sich für einen angemessenen Gegenvorschlag ein. Ein Lehrstück dafür, wie das Verhältnis von Wirtschaft und Politik idealerweise ist: konstruktiv. Und im gemeinsamen Interesse für unsere Volkswirtschaft. Und auch: mit situationsgerechter gegenseitiger kritischer Distanz.

Gastbeitrag zum neuen Raumplanungsgesetz

Die Revision ist missraten

■ **AM 3. MÄRZ** stimmen wir auf nationaler Ebene über eine Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) ab. Mit der Gesetzesänderung soll das Siedlungswachstum begrenzt werden. Sie ist ein Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur» – der sogenannten Landschaftsinitiative. Ein haushalterischer Umgang mit unserem Bau- und Kulturland ist wichtig. Das Parlament in Bern ist bei diesem Gegenvorschlag jedoch den Initianten aus Naturschutzkreisen viel zu weit entgegengekommen. Sollte ein Ja zur RPG-Revision zustande kommen, werden dies in erster Linie Immobilienbesitzer, letztlich aber alle (Steuerzahler und Wohnende) negativ zu spüren bekommen. Die Revision greift ins Privateigentum ein und führt zu hohen Folgekosten.

NEU EINGEFÜHRT WÜRDE das Instrument der Bauverpflichtung. Grundeigentümer mit noch unüberbauten Bauparzellen können dadurch zur Überbauung ihrer Grundstücke gezwungen werden. Wenn das sogenannte öffentliche Interesse überwiegt, sind persönliche Gründe des Eigentümers, weshalb ein Grundstück (noch) nicht überbaut werden soll, irrelevant. Im neuen RPG ist zudem vorgesehen, bei Einzonungen sowie bei Auf- und Umzonungen eine Abgabe auf die dadurch entstandenen Mehrwerte zu erheben.

DAS REVIDIERTE GESETZ führt ganz allgemein zu einer Gewichtsverschiebung in der Raumplanung, weg von den Gemeinden und Kantonen zum Bund. Die Bauzonen einer



Hans Egloff

Der Unternehmer aus Aesch ZH ist SVP-Nationalrat und Präsident des Hauseigentümergebietes Schweiz.

Gemeinde sollen dem voraussichtlichen Bedarf der nächsten 15 Jahre entsprechen. Was darüber hinaus eingezont wurde, müsste wieder ausgezont werden. Diese Rückzonungsverpflichtung stellt die von den Stadtparlamenten und Gemeindeversammlungen gefällten Einzonungsentscheide infrage und beschneidet damit die Gemeindehoheit.

FÜR DIE EIGENTÜMER der ausgezonten Grundstücke kommen diese Rückzonungen einer Enteignung gleich, die in der Regel voll entschädigt werden muss. Dies wird zu unzähligen gerichtlichen Auseinandersetzungen und hohen Entschädigungszahlungen führen. Für kleinere Gemeinden würde es wohl um Beträge in Höhe von einigen Millionen Franken, auf kantonaler Ebene

um mehrere 100 Millionen Franken gehen. Das Hauptproblem ist jedoch, dass die Erträge nicht in denselben Gemeinden anfallen, die Rückzonungen zu entschädigen haben. Dies wird zu einer Umverteilungsbürokratie über Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinaus führen. Zudem ist absehbar, dass die Einnahmen aus der Mehrwertabgabe bei weitem nicht ausreichen werden. Damit stehen die Gemeindebehörden vor der Wahl, das Gesetz zu biegen und nicht auszuzonen, mehr Steuern und Abgaben für die Rückzonungen zu generieren oder den Eigentümern die Auszonungen gar nicht oder nur teilweise zu entschädigen. Alle drei «Lösungen» sind ordnungspolitisch fragwürdig.

VERDICHTETES BAUEN und eine Siedlungsentwicklung nach innen kann auch mit einer Liberalisierung der Bauvorschriften und Anreizen zur besseren Ausnutzung der Grundstücke gefördert werden. Das Kulturland kann durch mehr Zurückhaltung bei Bewilligungen im Nichtbaugelände geschont werden. Diese Probleme wurden in der Revision völlig ausgeklammert, obwohl fast ein Viertel aller Wohnbauten im Nichtbaugelände liegt.

DAS BESTEHENDE Raumplanungsgesetz bleibt auch bei einem Nein an der Urne in Kraft. Für die Eigentümer ist entscheidend, dass sie über ihren eigenen Grund und Boden weiterhin selber verfügen können. Für die Gemeinden ist zentral, dass sie ihren Handlungsspielraum behalten und die räumliche Entwicklung selber gestalten können. Deshalb lehne ich diese Revision ab.

Dohner



Die neue spanische Kolonisation

■ Eine Woche ist es nun her. Eine Woche, da mir alles vorkommt wie Gegenwart gewordene Erinnerung. Da mir ein Ort heute wieder so erscheint, wie er mal war. Die Kameras werden stets wendiger. Alles halten sie fest, mit schnell hintereinandergeschalteten Bildern, mit Videofilm. Aber noch kommt nichts heran an die Wirklichkeit, die deckungsgleich wird mit Erinnerung. Ich weiss nicht, wieso es die Leute ständig zu neuen Destinationen zieht. Ich hole das Leben so gern wieder ein.

Darum liebe ich Länder ohne «Dynamik». Orte, die sich nicht über Nacht wandeln. Sondern in Jahrhundert-Kadenz. Zum Beispiel Granada. Das ex-spanische, das ex-koloniale Granada in Nicaragua. Etwa so gross wie Laufen oder Brugg. Noch immer sind Kirchen hier die höchsten Bauwerke. Noch immer erkenne ich das stets aufgebracht klingende Krähen der schwarzen Zanaten sofort. Wieder rauschen Palmwedel, als wollten sie die Meeresdünung nachahmen. Mit gesenkter Schnabelkanüle ritzen Kolibris wie ehemals traumhafte Glätte und tanken Wasser. Noch sind Hähne morgens die lautesten in dieser erzkatholischen Stadt, die daran glaubt, dass ein Guggel den Teufel vertreibt. Und am Wochenende liegen Maulhunden wie seit Jahren in der gleichen Dunstwolke aus Fliegen, Schnaps und stechend saurem Urin.

Das alles kenne ich; ich wusste nur nicht mehr, wie gut. Das schlummerte wie ein Schatz, von dem immer seltener ein immer schwächeres Leuchten ausging. Also suchte ich guten Mutes eine Cafeteria auf, wo – wie ich seit Jahren weiss – ein gutes Frühstück serviert wird. Als die Kellnerin an den Tisch kam, aber stutzte ich. Das war kein weicher hiesiger, das war ein spanischer Akzent. Ja, sagte die Frau, sie komme aus Mallorca. Ja, wegen der desolaten Lage dort, der Jugendarbeitslosigkeit. Ja, sie sei zurück in Spaniens ehemaliger Kolonie: «Nur ist jetzt ein Indio mein Chef.» Die Welt also wandelt sich doch – selbst hier. Die Jahrhundert-Kadenz hat offensichtlich die Richtung, aus der der Wind bläst, vollkommen gedreht.

max.dohner@azmedien.ch

Die Gastautoren

Andreas Glarner (Grossrat SVP/AG) und Cédric Wermuth (Nationalrat SP/AG)

Katja Gentinetta (Publizistin/Moderatorin) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP/BL)

Sebastian Frehner (Nationalrat SVP/BS) und Susanne Hochuli (Regierungsrätin Grüne/AG)

Peter Hartmeier (Publizist) und Kurt R. Spillmann (Prof. em. für Sicherheitspolitik)

Anita Fetz (Ständerätin SP/BS) und Christian Wanner (Regierungsrat FDP/SO)

Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz, Grossrätin AG) und Hans Egloff (Nationalrat SVP/ZH)

Georg Kreis (Prof. em. für Geschichte) und Peter V. Kunz (Prof. für Wirtschaftsrecht)

Pirmin Bischof (Ständerat CVP/SO) und Christine Egerszegi (Ständerätin FDP/AG)

Kenneth Anst (Publizist) und Oswald Sigg (ehem. Bundesratssprecher)